

PEK Dokumentation

Sperrfrist: 07.01.2015, 20 Uhr- Es gilt das gesprochene Wort

Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki

„Wirtschaftlich und sozial zugleich“ – Festrede beim Neujahrsempfang der IHK Wuppertal–Remscheid–Solingen am 07.01.2015 in der Stadthalle Wuppertal

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

sehr herzlich danke ich Ihnen für die Einladung heute Abend zu Beginn des Neuen Jahres als neuer Erzbischof unseres Erzbistums Köln zu Ihnen zu sprechen. Wahrscheinlich haben viele von Ihnen in diesen Tagen Jahresabschlüsse, Inventuren, und die Vorbereitung von Wirtschaftsprüfungen um die Ohren – umso mehr freue ich mich, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um sich auf einem Empfang die erbaulichen Gedanken eines Theologen anzuhören.

Erbaulich und für die Zukunft unseres Erzbistums wegweisend finde ich die Tatsache, dass Sie hier im Bergischen Land als IHK der großen, traditionsreichen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal zusammenarbeiten. In jeder Ihrer Städte gibt es kleinere und größere Mittelstandsunternehmen, die in ihrem jeweiligen Segment europa- oder sogar weltweit Marktführer sind. Vielen von Ihnen erzähle ich im Folgenden nichts Neues, wenn ich auf die soziale Verantwortung von Unternehmen eingehe – Sie praktizieren diese Verantwortung seit Generationen vorbildlich.

Aber nicht nur Sie, sondern alle Einrichtungen des gesellschaftlichen Lebens – auch die Kirchen – sind von tiefgreifenden Veränderungsprozessen betroffen: Demographischer Wandel und Globalisierung sind nur zwei der Schlagworte, die uns hier herausfordern. Daher erlaube ich mir auch vor kundigem Publikum auf das Verhältnis von wirtschaftlicher Notwendigkeit und sozialer Verantwortung einzugehen. Dazu gehe ich in folgenden Schritten vor:

1. Von der dienenden Funktion des Geldes
2. Theologisch-ethische Begründung
3. Von der dienenden Funktion des Sozialen

1. Von der dienenden Funktion des Geldes

Dass die Märkte nicht einfach von selbst funktionieren und sich regulieren, hat uns die sogenannte Finanzmarktkrise deutlich spüren lassen. Selten sind Diskussionen über Ethik in der Wirtschaft so laut geführt worden wie unmittelbar im Nachgang der Krise. Auch der Ruf nach mehr staatlicher Regulierung war laut wie

nie. Und wenn man sich das Auseinanderklaffen von Risiko und Haftung ansieht, das am Ursprung der Krise in den USA stand, dann ist der Gesetzgeber zu Recht gefordert. Aber insgesamt kann man festhalten, dass die Krise nicht nur durch die mangelnde staatliche Aufsicht, sondern auch durch eine verhängnisvolle Gier ausgelöst wurde. Diese hat bei vielen Beteiligten eine vernünftige Risikoabwägung ausfallen lassen. „Bekanntlich“, so Heinrich Deichmann, „hat sich aus der daraus resultierenden Bankenkrise die gegenwärtige Staatsschuldenkrise entwickelt, die uns mittlerweile sogar um den Euro bangen lässt. Das Nachdenken über Werte und ethische Verantwortung in der Wirtschaft ist (...) also hochaktuell“.

Geld – ebenso wie Wirtschaft, Kapitalmärkte oder Unternehmen – hat, um es vereinfacht zu sagen, keinen Selbstzweck. Es ist ein Mittel zur Gestaltung des Zusammenlebens, mit dem verantwortlich umzugehen ist. Es sollte der Wirtschaft deshalb immer darum gehen, „einen Beitrag dazu zu leisten, dass Menschen ihr eigenes Leben besser, erfolgreicher oder selbstbestimmter gestalten können. Die zwangsläufig sehr auf Kapital ausgerichtete Finanzwirtschaft muss dabei die Frage beantworten, in welcher Weise sie dazu beiträgt, Wohlstand und auch soziale Gerechtigkeit zu mehren.“

Dass sich hier in Wuppertal eine Filiale der Primark-Kette ansiedeln will, wird sich sicher nicht verhindern lassen. Und es wäre wahrscheinlich auch naiv dies zu versuchen. Aber dass in einer Stadt, in der Friedrich Engels geboren wurde, in der Adolf Kolping wirkte und in der das Elberfelder Fürsorgemode entstanden ist, das städtebauliche Zukunftsprojekt am neuen Döppersberg durch ein Geschäft besetzt sein wird, dass für Manchesterkapitalismus pur steht, fordert schon heraus. Hier bleibt zu hoffen und zu wünschen – das darf man ja zu Beginn eines neuen Jahres so nur wie sonst die Kinder auf ihren Wunschzetteln vor dem Fest – bleibt also zu hoffen und zu wünschen, dass mit dem sozialen Selbstbewusstsein der Stadt Wuppertal und der gesamten Region Einfluss genommen wird auf die Geschäfts- und Produktionsbedingungen eines Unternehmens, dass mehr an der Rendite als an den Lebensbedingungen der Männer und vor allem Frauen interessiert ist, die das fertigen, was vor allem unseren Kindern und Jugendlichen am Nächsten ist: Klammotten.

Die Rolle des Geldes hat die Menschheit seit eh und je beschäftigt. Dabei ähneln sich die Grundfragen nach der Rolle des Geldes durch die Jahrhunderte hindurch. Für alle in einer hochspezialisierten Welt vorzunehmenden Tauschvorgänge hat sich Geld als das allseits anerkannte Wertaufbewahrungsmittel und als Tauschmittel etabliert. „Wenn Geld nur Mittel zum Zweck ist, kann der darauf aufbauende Wirtschaftssektor, die Finanzwirtschaft, schlechterdings nicht Selbstzweck sein, sondern muss seinerseits eine dienende Rolle als Mittel zum Zweck haben“.

Wenn es um die Frage des Zwecks des Marktes und des Geldes geht, tritt die Idee der Sozialen Marktwirtschaft auf den Plan. Die Ökonomen und Politiker, welche die Soziale Marktwirtschaft konzipiert und auf den Weg gebracht haben, wussten

schon vor 70 Jahren, dass Märkte nicht „von selbst“ funktionieren. Märkte müssen politisch gestaltet und geordnet werden. Sonst kommen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und menschenwürdige Daseinsbedingungen nicht zueinander. Die Soziale Marktwirtschaft ist dabei dem Gedanken verpflichtet, dass Geld und Verantwortung untrennbar zusammengehören. Bei der Sozialen Marktwirtschaft handelt es sich um die politische Gestalt dessen, was in der Katholischen Soziallehre grundgelegt ist.

2. Theologisch-ethische Begründung

Lassen Sie mich daher aus einem der zentralen Texte des II. Vatikanischen Konzils, „Gaudium et spes“, zu deutsch „Freude und Hoffnung“ zitieren. Dort heißt es: „Auch im Wirtschaftsleben sind die Würde der menschlichen Person und ihre ungeschmälerte Berufung wie auch das Wohl der gesamten Gesellschaft zu achten und zu fördern, ist doch der Mensch Urheber, Mittelpunkt und Ziel der Wirtschaft.“ (Art. 63)

Damit bestätigt und bekräftigt das II. Vatikanische Konzil eine sozialethische Begründungslinie, in der unter dem Titel „Katholische Soziallehre“ die kirchlichen Positionen zu Geld, Markt und Mensch zusammengefasst sind.

Die katholische Soziallehre geht vom Grundgedanken der Sozialen Ordnung aus, also einer vernünftigen Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Je mehr die Sozial-, Rechts- und Wirtschaftsordnung an die Leitbegriffe der Personalität, Solidarität und Subsidiarität sowie die Sozialprinzipien des Gemeinwohls und der Nachhaltigkeit angenähert werden, umso mehr entspricht die politische und wirtschaftliche Realität dem prinzipiell erreichbaren Ideal sozialer Gerechtigkeit.

„Die Kirche vertritt seit jeher, dass die Wirtschaftstätigkeit nicht als antisozial angesehen werden darf“, so der emeritierte Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika „Caritas in veritate“ von 2009. „Der Markt ist an sich nicht ein Ort der Unterdrückung des Armen durch den Reichen und darf daher auch nicht dazu werden. Die Gesellschaft muss sich nicht vor dem Markt schützen, als ob seine Entwicklung ipso facto zur Zerstörung wahrhaft menschlicher Beziehungen würde ... Es darf [aber] nicht vergessen werden, dass es den Markt nicht in einer Reinform gibt,“ so der Papst. Gleichzeitig macht der Papst darauf aufmerksam, dass „die Wirtschaft und das Finanzwesen ..., insofern sie Mittel sind, tatsächlich schlecht gebraucht werden [können], wenn der Verantwortliche sich nur von egoistischen Interessen leiten lässt. So können an sich gute Mittel in schadenbringende Mittel verwandelt werden.“ Und dort, wo das geschieht, urteilt Papst Franziskus – zurecht: „Diese Wirtschaft tötet!“

In der katholischen Soziallehre gelten traditionell drei Leitbegriffe, unter denen demgegenüber eine positive Ausrichtung erreicht werden soll: Personalität, Solidarität und Subsidiarität. Darin eingeschlossen sind die Prinzipien der Menschen-

würde, der Gerechtigkeit, des Gemeinwohls, der Anwaltschaftlichkeit und der Nachhaltigkeit.

Die Personalität besagt, dass jeder Mensch die Freiheit hat, sein eigenes Leben ohne staatliche Bevormundung verantwortlich zu gestalten. So darf der Staat den Menschen nicht ihre persönliche Lebensgestaltung vorschreiben oder sie an einer unternehmerischen Betätigung hindern. Das Gemeinwohl kommt dann ins Spiel, wenn es den einzelnen als Personen in Gemeinschaft zugutekommt – und zwar möglichst vielen.

Die Solidarität fordert ein gemeinschaftliches Handeln aller. Sie besagt, dass eine gerechte Gesellschaftsordnung jedem Menschen die Erfüllung der Grundbedürfnisse gewährleisten muss. So hat die Gesellschaft beispielsweise die Verpflichtung, für das Auskommen von Menschen zu sorgen, die nicht arbeiten können. Solidarität fordert aber auch, dass Privateigentum zum Gemeinwohl hin Verantwortung zukommt.

Die Subsidiarität schließlich besagt, dass Aufgaben, die von kleineren Einheiten übernommen werden können, auch von diesen übernommen werden sollen. So soll die Erziehung der Kinder durch die Eltern erfolgen, und staatliche Organe haben Eltern in ihrer Kompetenz zu respektieren, zu unterstützen und zu stärken. Die Subsidiarität begründet aber auch eine Eintrittspflicht des Staates bei Gefahren für das Gemeinwohl.

Das Solidaritätsprinzip führt über die Forderung gleicher Chancen für alle Menschen zum Sozialprinzip der sozialen Gerechtigkeit. Da der Mensch seit dem Altertum als ein „ens sociale“, also als ein Gemeinschaftswesen angesehen wird, ergibt sich daraus das Sozialprinzip des Gemeinwohls.

Das Subsidiaritätsprinzip enthält zum einen das Prinzip der Eigenleistung und zum anderen das Prinzip der Hilfestellung unter dem genannten Aspekt des Vorrangs der kleineren Einheit.

„Das Prinzip der Subsidiarität muss [allerdings] in enger Verbindung mit dem Prinzip der Solidarität gewahrt werden und umgekehrt“, so Papst Benedikt XVI. in der schon zitierten Enzyklika „Caritas in veritate“. „Denn wenn die Subsidiarität ohne die Solidarität in einen sozialen Partikularismus abrutscht, so ist ebenfalls wahr, dass die Solidarität ohne die Subsidiarität in ein Sozialsystem abrutscht, das den Bedürftigen erniedrigt.“

3. Von der dienenden Funktion des Sozialen

Nicht nur Geld und Verantwortung gehören zusammen. Auch das Soziale geht mit Verantwortung einher. Folgende Verantwortungsbereiche möchte ich an dieser Stelle besonders betonen.

So gibt es zum einen eine Verantwortung gegenüber den zur Verfügung gestellten Ressourcen. Lassen Sie mich diese Verantwortung als „Gebot zur Effizienz“ bezeichnen: Auch im sozialen Raum ist mit den gegebenen Mitteln verantwortlich und effizient umzugehen. Dass auch Kirchen selbst hier keine „societas perfecta“ sind, sondern Organisationen von fehlbaren Menschen, haben die Vorgänge rund um das Bistum Limburg im vorletzten Jahr und um die Vatikanbank in beschämender Weise deutlich gemacht. Hier gilt es für die Zukunft von den Transparenzstandards der Wirtschaft zu lernen.

Eine weitere Verantwortung stellt sich im Blick auf diejenigen, die mit den eingesetzten Mitteln unterstützt werden. So muss es im Sozialen immer um die Befähigung von Menschen gehen, um die Unterstützung dazu, dass ein Mensch sein Leben wieder selbst in die Hand nehmen kann. Vom Prinzip her hat sich soziale Arbeit also überflüssig zu machen. Wo aber ein Mensch aus welchen Gründen auch immer noch nicht oder nicht mehr sein Leben selbst in die Hand nehmen kann, da ist es eine gesellschaftliche Verantwortung, dies unterstützend auszugleichen. Die Wohlfahrtsverbände ganz gleich welcher weltanschaulicher Provenienz haben hier ihre besondere Aufgabe, aber ebenso die Politik, die, um es mal etwas provokativ zu sagen, nicht nur die Tafelbewegung beklatschen darf, sondern Maßnahmen zur Armutsbekämpfung einzuschlagen muss.

Schließlich wird die Frage lauten, wie denn künftig die traditionsreichen Unternehmen im Bergischen Land genügend fachlich qualifizierte Mitarbeitende finden werden, um gleichzeitig marktführend und sozial wirksam sein zu können. Hier würde ich mir wünschen, dass unsere Unternehmerinnen und Unternehmer sich mit dafür stark machen, Abschlüsse eingewanderter Mitbürgerinnen und Mitbürger anzuerkennen und denjenigen Jugendlichen, die in unserem Land Zuflucht gefunden haben, eine Ausbildungsperspektive zu geben. Wir brauchen unsere Unternehmen und wir brauchen die Menschen, die zu uns kommen, um unsere Zukunft wirtschaftlich und zugleich sozial verantwortlich zu gestalten. Nur gemeinsam sind wir stark.

Danke für Ihr unternehmerisches, soziales Engagement und für Ihre Aufmerksamkeit!